



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/69 - 23.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

Zu den Moskauer Friedensbetuerungen	S. 1
Frankreich und die EVG	S. 3
Kirche und Politik in Bayern	S. 4
Zur Verbandskonferenz der Sozialistischen Jugend	S. 7

Ansätze für eine Entspannung ?

P.R. Bei einer Untersuchung der gegenwärtigen internationalen Situation schrieb dieser Tage eine ausländische Zeitung, alles scheine auf einen wohlüberlegten "Großversuch zur Enthüllung der wahren Absichten Moskaus" abzuzielen. Dafür gibt es in der Tat mancherlei Anzeichen, vor allem die Bereitschaftserklärung Eisenhowers, dem Kreml bei einer Konferenz auf höchster Ebene "auf halbem Wege entgegenzukommen". Diese Formulierung mag im allgemeinen internationalen Sprachgebrauch sehr farblos wirken, bezogen auf die Tonart, die sich zwischen Washington und Moskau herausgebildet hat, ist sie schon bemerkenswert. Auch sonst weisen Berichte und Informationen aus dem Westen, vor allem aus England, in die gleiche Richtung.

Sie haben ihren Ausgangspunkt in den ersten außenpolitischen Erklärungen der Männer im Kreml nach dem Tode Stalins. Umfang und Intensität dieser Friedensbetuerungen sind ungewöhnlich. Natürlich ist niemand im Westen so töricht, ihnen allein deswegen besonderes Gewicht beizumessen, so wenig man andererseits die schnellen Schüsse aus den sowjetischen Flugzeugen als Gegenbeweis gelten lassen will. Aber die politischen Umstände und Zusammenhänge, aus denen heraus diese Versicherungen erfolgten, haben offenbar manchen einflußreichen Politiker im Westen veranlaßt, sich die Dinge "noch einmal ein wenig zu überlegen", um das bekannte Wort von Foster Dulles auf einen anderen Tat-

bestand anzuwenden.

Was sind das für Umstände und Zusammenhänge? Isaac Deutscher, der Verfasser einer vorzüglichen Stalinbiographie, schrieb in einem Stalin-Nachruf in der "Times": "Die wesentliche historische Leistung Stalins besteht darin, daß er ein Rußland vorfand, das noch mit Holzpflügen arbeitete, und ein Rußland hinterläßt, das mit Atomwerken ausgerüstet ist. Stalin hat Rußland zur zweitgrößten Industriemacht der Welt gemacht". Aber eben nur zur zweitgrößten. Die industrielle Leistungsfähigkeit des ernstesten Gegners der Sowjetunion ist weit überlegen, zusammengenommen mit der Kapazität der politischen Verbündeten ist sie erdrückend. Sicherung und Ausbau des Erreichten muß also für Moskau zwangsläufig vordringlich sein.

Dies umso mehr, als nach dem Tode des Mythos Stalin auch im Bewußtsein der Sowjetmenschen, weit mehr aber noch bei den Bewohnern der Satellitenstaaten, wieder sozusagen echte Sterbliche an der Spitze des Riesenreiches stehen. Hier ist viel Arbeit zu leisten, ehe jener Zustand von blinder Gläubigkeit oder fast vollkommener Resignationsbereitschaft, wie er zu Stalins Lebzeiten herrschte, erreicht ist. Von dem großen politischen Erfolg des stalinabtrünnigen Tito in England wird zwar in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang kaum etwas bekannt werden. Deshalb bleibt er für die neuen Herren im Kreml doch äußerst unerfreulich, als Symptom wie als Tatsache von großer politischer und strategischer Bedeutung.

Vor einem freilich muß man sich hüten: Zu glauben, die friedlichen Töne aus Moskau stünden in ursächlichem Zusammenhang mit Demonstrationen westlicher Stärke. Das anzunehmen, wäre ein gefährlicher Irrtum. Sie haben allein ihren Ursprung in ihren durch den Tod Stalins veränderten Situation. Es ist sogar so, daß eine Forcierung westlicher Machtentfaltung in Formen, die in Moskau als Herausforderung empfunden werden könnten oder müßten, nur dazu dienen würden, die gegenwärtig wahrnehmbaren Ansätze einer atmosphärischen Entspannung sofort wieder zu beseitigen. Denn die schwächeren Nachfolger des starken Stalin sind auf nichts so angewiesen wie auf ihr Prestige.

+ + +

Am Vorabend einer Reise nach Washington

G.S. - Paris

Es ist nicht zufällig, daß die EVG-Diskussion gerade am Vorabend der Washingtoner Reise Mayers und Bidaults in ein neues Stadium getreten ist: Die französischen Staatsmänner schicken sich an, in der amerikanischen Bundeshauptstadt enorme Kredite für den Krieg in Indochina zu fordern. Das mindeste, was Washington als Gegenleistung angeboten werden kann, ist der gute Wille, den EVG-Vertrag zu ratifizieren ...

So erklärte jetzt Ministerpräsident Mayer sehr energisch, daß der Vertrag ratifiziert werden müsse - zum großen Leidwesen der Gaullisten, denen Mayer bei seiner Amtsübernahme versprochen hatte, "harte Bedingungen" an die Ratifizierung zu knüpfen. Sogar der bisher sehr widerspenstige Außenminister Bidault versucht, sich anzupassen: Unter dem Druck seiner christlich-sozialen Parteifreunde und seines Vorgängers Robert Schuman, der alltäglich Reden für die EVG hält, hat Bidault nun den Gedanken einer Volksabstimmung über die EVG in die Debatte geworfen - wieder zum Leidwesen der Gaullisten, die Bidault jetzt - mit einem gewissen Recht übrigens - das "Verrats" zeihen.

Bisher will das alles nur bedeuten, in Washington nicht mit einer völlig negativen Haltung zum EVG-Vertrag anzurücken. Auf keinen Fall will diese "EVG-Welle" besagen, daß die Debatte über die Ratifizierung vor dem Herbst stattfinden wird. Doch ist nicht zu verkennen, daß in Frankreich in den letzten Tagen eine deutliche Wendung stattgefunden hat. Die Befürworter des EVG-Vertrages haben sogar eine Unterstützung erhalten, auf die sie wahrscheinlich nicht gehofft hatten: Der frühere französische Ministerpräsident, Antoine Pinay, hat sich in einer Rede vor seinen Parteifreunden, den Unabhängigen, sehr klar für die Ratifizierung, wenn auch unter gewissen "Bedingungen", ausgesprochen. Dieser Tatsache ist umso größere Bedeutung beizumessen, als die Mehrheit der Unabhängigen nicht gerade begeistert über den EVG-Vertrag ist.

Die Washingtoner Reise hat also eine Welle des "guten Willens"

ausgelöst. Doch ist zu bemerken, daß der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, sich in seiner ablehnenden Haltung versteifte. In einer neuen, von der sozialistischen Europabewegung herausgegebenen Zeitschrift, der "Gauche Européenne" (Europäische Linke), spricht sich Guy Mollet eindeutig gegen "Kleineuropa" unter christlich-sozialem Vorzeichen und für die Schaffung eines europäischen Staatengebildes unter Teilnahme von Großbritannien und den skandinavischen Ländern aus.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge in Frankreich nach der Rückkehr Bidaults und Mayers aus Washington darstellen werden. Klar ist nur, daß die EVG-Debatte nun nicht mehr nur in kleinen politischen Zirkeln, sondern auch in einer größeren Öffentlichkeit geführt wird. Sollte es wirklich zu einer Volksabstimmung, für die sich auch Mayer ausgesprochen haben soll, kommen, (Thema: Ist der EVG-Vertrag mit der französischen Verfassung vereinbar?), so ist noch keineswegs gesagt, daß die Abstimmung für die Anhänger des Vertrages positiv ausgehen wird. Außerdem ergäbe sich für alle Parteien eine fast unüberwindliche Schwierigkeit: Welche Abstimmungsparole soll ausgegeben werden, da ja die Gegensätze über den Vertrag quer durch alle Parteien laufen?

+ + +

Neue Innenpolitik in Bayern ?

K.T. - München

Die Landtagswahl 1950 hatte die SPD in Bayern mit 28 Prozent aller abgegebenen Stimmen zur stärksten Partei in Bayern gemacht. Die 1952 durchgeführten Gemeindewahlen haben dann den Wahlerfolg noch einmal bestätigt, und Waldemar von Knoeringens Erklärung, "Man wird endlich erkennen müssen, daß man in Bayern ohne die SPD nicht mehr regieren kann", nur unterstrichen. Zwei Jahre Koalitionspolitik der SPD-CSU- und BHE haben gezeigt, daß man eine Politik der Vernunft und des Erfolges treiben kann, wenn der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist. Es scheint aber, daß die bevorstehende Bundestagswahl auch ihre Schatten auf die "Innenpolitik der Länder" wirft. In immer stärkerem Maße machen sich in Bayern Bestrebungen bemerkbar, die bisherige loyale Zusammenarbeit von SPD und CSU unter allen Umständen zu stören.

Träger dieser Störaktionen sind die Bayernpartei, verschiedene

führende Politiker der CSU und der katholische Klerus, Versucht es die Bayernpartei, so kann man das noch verstehen, dann sie sieht ihre einzige Chance, in Bayern in der Innenpolitik ein Wort mitzureden und in Bonn nicht immer "abseits" stehen zu müssen, nur in einem Zusammenschluß mit der CSU. Weitans bedenklicher aber erscheint die Tatsache, daß gerade in jüngster Zeit auch der katholische Klerus dazu übergegangen ist, "wieder in bayerischer Innenpolitik" zu machen, um, wie es heißt, die beiden einzigen christlichen Parteien an einen Tisch zu bringen und den "Vormarsch der antikirchlichen SPD", wie sie sagen, "zum Stoppen zu bringen". Fast ein wenig zu militärisch für den kirchlichen Sprachgebrauch,...

Die Bayernpartei hat der CSU vor wenigen Tagen das Angebot gemacht, den Wahlkampf in Bayern nicht nur gemeinsam zu führen, sondern darüber hinaus vielleicht zu einem Zusammenschluß der beiden Parteien zu kommen. Ziel dieses Vorschlages ist, "die Vorherrschaft" der SPD in Bayern unter allen Umständen zu brechen. Auch in Bonn hat die neue Entwicklung in der bayerischen Innenpolitik ihre Anhänger, und ihr wärmster Fürsprecher ist neben Bundesfinanzminister Fritz Schäffer der Bundeskanzler selbst.

So gering nun der Einfluß der Bayernpartei auf die bayerische Innenpolitik auch sein mag, so groß sind ihre Forderungen an die CSU hinsichtlich eines Zusammenschlusses. Sie verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß die CSU ihre Koalition mit der SPD löse, und daß die katholische Kirche "endlich" auch die Bayernpartei als gleichwertige Partei im Kampf um die Erhaltung des "Christlichen Gedankens" in Bayern anerkenne. Die CSU hat das Angebot der Bayernpartei nicht wie sonst abgelehnt, sondern sogar begrüßt, vornehmlicher Weise aber hinzugefügt, daß eine Zusammenarbeit im kommenden Wahlkampf und darüber hinaus für später nur möglich sei, wenn die Bayernpartei "auf die politischen Gegebenheiten" Rücksicht nehme. D.h. mit anderen Worten, die CSU erkennt deutlich, daß sie einen Bruch der Koalition nicht herbeiführen kann, wenn sie nicht riskieren will, das Vertrauen eines großen Teils ihrer Wähler zu verlieren. Viele Anhänger und Parteimitglieder der CSU sehen in der SPD-CSU-Koalition die einzig mögliche und fruchtbare bayerische Innenpolitik. Sie sind entschieden gegen eine "Zweckehe" CSU-Bayernpartei, weil das föderalistisch-separatistische Programm der Bayernpartei um genau "Einhundert Jahre" zu spät kommt und mit der heutigen Realpolitik nichts gemein hat.

Gelingt es Dr. Hundhammer und seinen Getreuen von der CSU, Fischbacher und Baumgartner davon zu überzeugen, daß man (die CSU) "leider" gezwungen ist, bis zur nächsten Landtagswahl mit der SPD zusammenzuarbeiten und erst dann die Möglichkeit besteht, eine neue "altbayerische" Regierung nach dem Muster der unvergessenen "Bayerischen Volkspartei" zu bilden, dann dürfte selbst die bisher geübte Fairness der SPD in Bayern gegenüber der CSU ein Ende finden. Die Landesleitung der SPD hat erst vor kurzem dagegen protestiert, daß führende Politiker der CSU ständig den ehrlichen Willen der SPD zu einer fruchtbaren Koalitionspolitik anzweifeln und sich nicht scheuen, der Sozialdemokratischen Partei "kirchenfeindliche" Tendenzen nachzusagen. Sie wird Mittel und Wege finden, um der CSU klar zu machen, daß Koalition ein Entgegenkommen beider Partner bedeutet, nicht aber nur einseitig geübte Toleranz.

Die Aktivierung des katholischen Klerus in der bayerischen Innenpolitik ist nicht überraschend. Seit jeher ist der katholische Klerus in Bayern - wider die Bestimmung jenes Konkordats mit Hitler, das die römische Kirche ansonsten nur zu gern anerkannt wissen möchte - mehr als in anderen Ländern der Bundesrepublik offiziell und mit Nachdruck in der Parteipolitik beschäftigt. Die wachsende antiklerikale Bewegung in Bayern sollte den maßgebenden Kreisen eine Warnung sein, weiterhin von den Kanzeln und in Hirtenbriefen Sturm gegen die SPD zu laufen und sie als "kirchenfeindlich" hinzustellen. Der Verlierer kann auf die Dauer nur der politische Katholizismus sein.

+ + +

Nicht Seehofer, sondern Hellwege

(sp) In unserem Kommentar über die Abstimmung zum Israel-Abkommen ist uns ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Nicht Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer enthielt sich der Stimme, sondern sein Ministerkollege und Parteivorsitzender Hellwege. - Hellwege gehört zu den eifrigsten Befürwortern der "Moralischen Aufrüstung".

+ + +

"Morgen ist unser Tag"

H.W. Seit der Neugründung der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - haben nach dem Kriege in Homburg (1947), in Herne (1948) und in Heidelberg (1951) Verbandskonferenzen stattgefunden, in diese Reihe schließt sich nun die 4. Verbandskonferenz vom 27.-29. März 1953 im Marshall-Haus auf dem Berliner Ausstellungsgelände an. Sie steht unter dem Motto "Morgen ist unser Tag". An ihr nehmen 150 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet und Berlin teil.

Nach der Wahl des Präsidiums und der Kommissionen wird der Nachmittag des ersten Tages das Referat von Heinz Westphal zu dem Thema "Die Sozialistische Jugend zu den Fragen dieser Zeit" bringen. In der anschließenden Diskussion werden auch eine größere Anzahl Entschlüsse und Anträge beraten, die die Stellungnahme des Verbandes zu jugendpolitischen Fragen darlegen. Während der Abend des ersten Konferenztages einem Festspiel der Berliner Falkengruppen gewidmet ist, beginnt der Sonnabend mit dem Referat von Lorenz Knorr "Das Erziehungsziel und die Erziehungsarbeit der Sozialisten". Auch im Zusammenhang mit diesem Referat werden Anträge behandelt, die das Gebiet der Erziehungs- und Bildungsarbeit betreffen. Der Nachmittag steht dann zu einer ausführlichen Aussprache über organisatorische Probleme anhand des vom Verbandsvorstand vorgelegten Arbeitsberichtes über die vergangenen zwei Jahre zur Verfügung. Den Abschluß und Höhepunkt der Konferenz bilden am Sonntagvormittag die Wahlen des neuen Verbandsvorstandes und der Kontrollkommission sowie die Begründung des Entschlußentwurfs "Die Einheit Deutschlands - Unsere Aufgabe" durch Jürgen Gerull, den Leiter des Referats Mitteldeutschland.

In seinem Arbeitsbericht würdigt der Verbandsvorstand zuerst das Leben und Schaffen des im vergangenen Jahre verstorbenen Vorsitzenden Erich Lindstaedt. In weiteren Beiträgen wird die Arbeit des Verbandes hineingestellt in die derzeitige politische und gesellschaftliche Situation und die innere Entwicklung des Verbandes geschildert. In großer Ausführlichkeit wird das Ringen des Verbandes um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der jungen Generation und die Befreiung der Jugend Mitteldeutschlands durch die Arbeit der Sozialistischen Jugend dargestellt.

Weitere Beiträge sind der internationalen Tätigkeit, der Bildungsarbeit und den vom Verband herausgegebenen Zeitschriften gewidmet. Den Schluß bildet die Behandlung organisatorischer Fragen, die Arbeit des Verbandsvorstandes, des Verbandsssekretariats und des Vorlages Schaffende Jugend. Die Delegierten werden anhand dieses Berichtes die Möglichkeit haben, ihre Kritik an der bisherigen Verbandsarbeit vorzubringen bzw. Vorschläge vorzutragen, die die Arbeit des Verbandes in der zukünftigen Zeit bestimmen sollen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau